

MEINUNG

Dringend gesucht: eine neue Standortagenda für Deutschland

Deutschland steht am Rande einer Rezession. Die Kaufkraft der Konsumenten leidet unter dem Inflationsschub. Das macht es dringlich, die Standort- und Wettbewerbsbedingungen des Landes wieder zu verbessern.

Michael Heise

25.08.2022, 03.32 Uhr

Merken

Drucken

Teilen

Als industrieintensive und offene Volkswirtschaft ist Deutschland von den hochschnellenden Energie- und Rohstoffkosten sowie den weltweiten Lieferengpässen stärker betroffen als viele andere OECD-Länder. Das Bruttoinlandprodukt dürfte sich nach dem Mini-Wachstum im ersten Quartal auch im weiteren Verlauf des Jahres kaum erhöhen und im Jahresdurchschnitt um lediglich rund 1% ansteigen, während in der Europäischen Währungsunion knapp 2% realistisch erscheinen.

Die massive Verteuerung von Energie belastet sowohl die Unternehmen wie auch die privaten Haushalte. Auf der Verbraucherstufe hat sich Energie in den vergangenen Monaten gegenüber den Vorjahreswerten um 35 bis 40% verteuert. Weitere Erhöhungen von Gas- und Stromrechnungen sind aufgrund der verzögerten Preisanpassung in vielen Kontrakten zu erwarten. Als Kostenfaktor in der Produktion haben steigende Energiekosten zudem viele andere Waren deutlich verteuert.

Die Politik könnte unter erheblichen Druck kommen

Wenn Energierechnungen nicht mehr bezahlt oder Wohnungen nicht vernünftig beheizt werden können, wird die Politik unter erheblichen Druck kommen. Bislang sind die hohen Energiepreise als Folge des Krieges in der Ukraine und der Sanktionen gegenüber Russland wohl von vielen Menschen akzeptiert worden, da die Sanktionen die russische Wirtschaft langfristig schwächen und die Kriegsfinanzierung erschweren.

Tatsächlich haben sie aber keine Kehrtwende oder ein Einlenken in der russischen Politik erzeugt. Und da Putin Lieferkürzungen bei Gas als Druckmittel einsetzt, ist vorerst nicht mit ermässigten Preisen zu rechnen. Für die deutsche Politik hat das zur Folge, dass weitere Entlastungsprogramme kommen werden, um die Folgen für die privaten Haushalte und für die betroffenen Unternehmen abzufedern. Im Ergebnis werden die Staatsschulden weiter steigen, was eine höhere Zinslast des Staates nach sich zieht und zukünftige Generationen an den Kosten des Krieges beteiligt.

Deutschland punktet kaum noch mit Standortvorteilen

Neben den konjunkturellen Wirkungen stellen sich auch Fragen bezüglich des längerfristigen Geschäftsmodells deutscher Unternehmen. Schon heute sind die Energiepreise im internationalen Vergleich ausserordentlich hoch: Beim Strompreis liegt Deutschland sowohl für Industrieabnehmer wie für private Haushalte an der Spitze der europäischen Länder. Die Umfinanzierung der EEG-Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien durch das Steueraufkommen hat eine Einmalsenkung des Strompreises bewirkt, wird aber den steigenden Trend nicht ändern. Die Preise für Gas liegen in Deutschland und in anderen europäischen Ländern um ein Vielfaches über den Preisen in den USA. Für energieintensive Unternehmen gibt es also genügend Gründe, den Standort zu überdenken.

Über viele Jahrzehnte konnte man in Deutschland mit anderen Standortvorteilen punkten, etwa einer erstklassigen Infrastruktur, einer effizienten Verwaltung, dem technologischen Vorsprung und einem sehr guten Bildungssystem. Dieses Bild entspricht aber nicht mehr der heutigen Realität. Die einst hochgelobte Infrastruktur hat an Qualität eingebüsst und ist in vielen Bereichen als marode zu bezeichnen. Der Investitionsstau bei der Schiene, den Strassen, der Digitalisierung und im Bildungsbereich ist weithin bekannt – und er hat nicht nur finanzielle Gründe. Technologische Innovationen finden vielfach in Deutschland statt, werden aber nicht zu gross dimensionierten ökonomischen Erfolgen gemacht. Qualifizierte Arbeitskräfte sind knapp.

Wenig attraktiv ist Deutschland auch angesichts einer überdurchschnittlichen Steuer- und Abgabenbelastung im EU- oder OECD-Vergleich. Die Sozialabgaben haben trotz Vollbeschäftigung wieder 40% des Bruttoeinkommens der Arbeitnehmer erreicht. Diese Belastungen werden im Zuge des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung der Gesellschaft weiter ansteigen. In diesem Umfeld ist es nicht verwunderlich, dass die privaten Ausrüstungsinvestitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt seit Jahren deutlich zurückgehen und der Produktivitätsfortschritt zu wünschen übriglässt.

Die anstehende Transformation braucht eine solide Basis

Die deutsche Wirtschaft startet also keineswegs aus der Pole-Position, sondern eher von einem der hinteren Plätze in die anstehende Transformation in eine grüne und digitale Zukunft. Um diese Transformation ohne grosse Wohlstandseinbussen zu meistern, bedarf es – so viel ist wohl klar – weitaus grösserer privater Investitionen in hochproduktive Arbeitsplätze und in effiziente, klimaschonende Technologien. Die Wirtschaftspolitik ist dafür verantwortlich, dass die Rahmenbedingungen für solche Investitionen und Innovationen stimmen.

Zusätzliche Investitionen des Staates in die physische Infrastruktur und das Bildungssystem sind wichtige, aber eher langfristig wirksame Schritte. Um die aktuelle Stagnation zu überwinden und rasch Fortschritte zu erzielen, wäre eher an Massnahmen zu denken, die die aktuellen angebotsseitigen Probleme überwinden helfen. So könnte der akute Fachkräftemangel durch flexiblere Beschäftigungsmöglichkeiten im Hinblick auf Arbeitszeiten oder Leiharbeit sowie eine erleichterte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften gemindert werden. Auch sollten die Kurzarbeiterregelungen auslaufen.

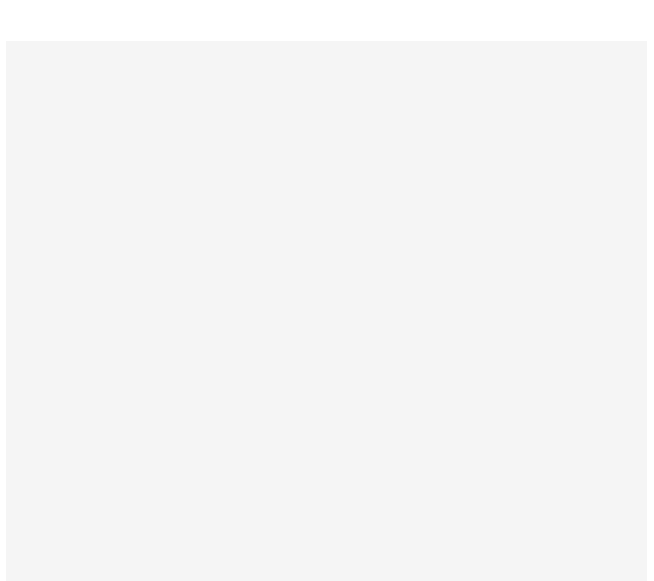
Schnellere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie könnten Investitionshindernisse abbauen, wie das ja bei erneuerbaren Energieprojekten auch gemacht wird. Steuerliche Entlastungen sind geboten, um rein inflationsbedingte Steuermehrbelastungen bei Unternehmen und privaten Haushalten zu kompensieren. Die «Superabschreibung» für Klima- und Digitalisierungsprojekte, die bislang noch nicht umgesetzt wurde, würde ebenfalls einen deutlichen Investitionsanreiz geben.

Fazit

Es ist nachvollziehbar, dass die Ukraine Krise die Aufmerksamkeit der Regierung in den vergangenen Monaten voll in Anspruch genommen hat. Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser Krise machen es aber immer dringlicher, die Standort- und Wettbewerbsbedingungen in Deutschland wieder zu verbessern.

Deutschland braucht eine starke wirtschaftliche Basis, um die grüne und die digitale Transformation in einer sozial gerechten Weise zu bewerkstelligen. Es bedarf eines ganzheitlichen Konzepts der Wirtschaftspolitik, bei dem unvermeidbare oder politische gewollte Mehrbelastungen der Unternehmen, der Arbeitnehmer und der Selbständigen durch wirksame Entlastungen an anderer Stelle ausgeglichen oder besser überkompensiert werden. Leider ist dieser Blick in den vergangenen Jahren etwas verlorengegangen.

Michael Heise



Er ist ein ehemaliger Partner von HQ Trust. Er zählt zu den bekanntesten Volkswirten des deutschsprachigen Raumes. Vor seinem Start bei HQ Trust war er Leiter des Group Centers Economic Research der Allianz SE sowie Generalsekretär des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Dr. Heise lehrt als Honorarprofessor an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Er ist Mitglied in diversen hochrangigen Ausschüssen und des Planungstabes des House of Finance.

Merken Drucken Teilen



MEINUNG

Inflation wird zum Bremsklotz der Konjunktur

Vieles spricht dafür, dass sich die Inflation in den Volkswirtschaften Europas und den USA verfestigen wird. Die Zentralbanken sind gezwungen, dagegen anzukämpfen – mit dem Risiko, dass sie dabei eine Rezession provozieren.

Michael Heise 12.04.2022



MEINUNG

Die Finanzmärkte stehen in ruppigeren Zeiten

Die Bond- und vor allem die Aktienmärkte haben das Ausmass der Inflation lange unterschätzt. Jetzt signalisieren die Notenbanken, vor allem das Fed, dass sie den Kampf gegen die Teuerung aufnehmen. Das führt zu Turbulenzen.

Michael Heise 25.01.2022



MEINUNG

Inflation wird zum Bremsklotz der Konjunktur

Vieles spricht dafür, dass sich die Inflation in den Volkswirtschaften Europas und den USA verfestigen wird. Die Zentralbanken sind gezwungen, dagegen anzukämpfen – mit dem Risiko, dass sie dabei eine Rezession provozieren.

Michael Heise 12.04.2022



The Market abonnieren →